https://www.welt.de/politik/deutschland/article249084296/Judenhass-an-Hochschulen-Exmatrikulation-darf-nicht-ausgeschlossen-sein.html

Hörsaal-Besetzung „zeitweise geduldet“, weil Uni Raum zum „offenen Austausch“ sah

Von **Jan Alexander Casper**

Redakteur Innenpolitik

Veröffentlicht am 18.12.2023Lesedauer: 6 Minuten

An der Freien Universität Berlin besetzen propalästinensische Studenten einen Hörsaal. Die Universität sagt: Sie duldete das anfangs, weil sie Diskursbereitschaft der Besetzer annahm. Proisraelische Augenzeugen sagen: die gab es nie. Bundesminister fordern harte Bestrafung der Täter

Mehr als sechs Stunden hatten propalästinensische Studenten am Donnerstag einen Hörsaal der Freien Universität (FU) in Berlin-Dahlem besetzt. Israel schmähten sie als „mordenden Apartheidstaat“; andere Parolen lauteten etwa, dass Israel „über den 7. Oktober gelogen“ habe. An diesem Tag ermordete die Terrorgruppe Hamas in Israel etwa 1200 Menschen.

Zeitweise waren bis zu 100 israelfeindliche Studenten im Hörsaal versammelt. Gegen Ende der Versammlung standen ihnen darin nur vier Studenten ostentativ mit Israel-Flaggen gegenüber. Um etwa 17.30 Uhr räumten Polizisten den Saal. Die FU hatte den Einsatz nach eigenen Angaben erst „gegen 16 Uhr“ veranlasst und zuvor nur die „Teilnehmenden“ aufgefordert, den Hörsaal zu verlassen.

Bereits am Mittag hatte es einen ersten Polizeieinsatz gegeben, der um 13.45 Uhr beendet wurde. 25 propalästinensische Personen hatten laut Polizei bis dahin zehn proisraelische Personen bedrängt und geschubst.

Aus Sicht jüdischer und proisraelischer Studenten ließ die Universität die Israel-Feinde viel zu lange gewähren. Der antisemitische und antidemokratische Charakter der Veranstaltung hätte sich dabei auch durch Beobachtung von außerhalb des Hörsaals früh erschließen können.

Erstens aufgrund des genannten Polizeieinsatzes. Zweitens, weil die Besetzer, sagen Augenzeugen wie der Student Enno Speer, potenziellen Kritikern den Zugang verwehrt haben: „Als ich auf den Eingang des Hörsaals zugegangen bin, wurde ich sofort abgeblockt“, es habe geheißen: „Nee, Zionisten nicht“, sagte Speer.

Die Zugangssperre sei etwa zwischen 12 und 13.30 Uhr aufrechterhalten worden, so Aussagen aus der informellen Gruppe „Jüdische Studenten an der FU“, in der sich auch Nichtjuden wie Speer engagieren. Einem jüdischen Studenten dieser Gruppe sei dennoch der Zutritt in diesem Zeitfenster gelungen.

Er sei danach im Hörsaal als „Zionist“ ausgebuht worden. Einem weiteren Juden sei der Zutritt verwehrt worden, weil er den Besetzern als Israeli bekannt gewesen sei.

Am Freitagmittag bestritt die Universität dennoch in einer Mitteilung, dass es Zugangsverwehrung aufgrund von „Glauben“ oder „Nationalität“ gegeben habe. Eine Anfrage dieser Zeitung, wie sich diese Behauptung zu den Augenzeugenberichten verhält, blieb unbeantwortet.

Universität rechtfertigt Duldung der „Aktion“

Am Freitagabend dann verlautbarte die FU zusätzlich: „Zu jedem Zeitpunkt“ seien „jüdische bzw. israelische Teilnehmende im Raum“ gewesen und hätten sich an „Diskussionen“ beteiligt. Eine Universität müsse „eine solche Form des Austauschs aushalten“, eine Räumung „letztes Mittel“ sein. Die Universität sagte zudem: „Die Aktionen im Hörsaal 1a (...) wurden zeitweise geduldet, bis es zu Eskalationen und einzelnen Äußerungen kam“, die einer „verantwortungsbewussten Diskussionskultur“ nicht „mehr zuzuordnen waren.“

Die Universität teilte weiter mit, entscheidend für die anfängliche Duldung sei die „Schlichtung“ des Konflikts zwischen propalästinensischen und den von diesen bedrängten proisraelischen Studenten durch die Polizei gewesen. „Zu diesem Zeitpunkt kam die

Universitätsleitung aufgrund der Beobachtungen von Kolleg*innen vor Ort zu dem Schluss, dass ein offener, friedlicher Austausch möglich war und duldete die Veranstaltung zunächst“, sagte die FU.

Enno Speer bestreitet, dass zu irgendeinem Zeitpunkt ein solcher Austausch möglich war. WELT AM SONNTAG sagte er: „Als wir nach Angriffen, Beleidigungen und filmen ins Gesicht, dann ab etwa 13.30 Uhr doch in den Hörsaal konnten, als Bedingung für die offene Akzeptanz der antisemitischen Besetzung durch die Universitätsleitung, fanden wir ein sehr feindliches Klima vor. Es wurde auf uns gezeigt, wir wurden angeschrien, beleidigt, einem Freund wurde das Handy weggerissen, wir wurden körperlich mal wieder angegangen und es bestand kein Interesse der Veranstalter zu diskutieren.“ Stattdessen habe man Israel das Existenzrecht abgesprochen oder „die beiden Intifadas glorifiziert“.

LESEN SIE AUCH

RESSORT:

DEUTSCHLANDFREIE UNIVERSITÄT BERLIN

Und dann spuckt eine Frau einen Pro-Israel-Aktivisten an

Tim Gräfe von der Gruppe „Fridays for Israel“ kritisierte im Gespräch mit WELT AM SONNTAG, die Universitätsleitung habe die Veranstaltung lange laufen lassen, weil sich Präsident Günter Ziegler anfangs auf eine „Haltung des Neutralitätsgebots“ zurückgezogen habe. Davon hätte er spätestens bereits nach „dem Verbot des Zugangs zu Hörsälen von jüdischen Studierenden abrücken und damit die Veranstaltung unterbinden beziehungsweise beenden müssen“.

LESEN SIE AUCH

„FRIDAYS FOR ISRAEL“

„Mehr Angst, jetzt hier zu sein, als in Israel zu leben“

An einer klaren Positionierung hatte die Universität es bereits in einem Brief an Studenten und Professoren am 5. Dezember vermissen lassen: Unter der Überschrift „Gemeinsam gegen Hass und Diskriminierung“ zeigte die Hochschule sich zwar „erschüttert“ vom Terror-Angriff am 7. Oktober, benannte aber nicht den Täter Hamas. Gleich im zweiten Satz mahnte sie in Richtung des Rechtsstaates Israels, dass „Menschenrechte und Völkerrecht unverbrüchlich gelten“.

Exmatrikulation seit Rot-Rot-Grün nicht mehr möglich

„Fridays for Israel“ fordert von der Freien Universität nun Konsequenzen – von Personalschulungen gegen Antisemitismus bis zur „sofortigen Exmatrikulation der Protestteilnehmer“.

Laut Universität ist das aber seit 2021 nach einer Gesetzesnovelle des damaligen rot-rot-grünen Senats nicht mehr möglich. Als Höchststrafe können Berliner Hochschulen nun nur noch ein dreimonatiges Hausverbot erteilen. Entsprechende Maßnahmen würden „selbstverständlich geprüft“, hieß es von der FU.

Bundeswissenschaftsministerin Bettina-Stark Watzinger sagte WELT AM SONNTAG, sie erwarte Konsequenzen: „Wir dürfen nicht zulassen, dass jüdischen Studierenden der Zugang zu Hörsälen verwehrt wird, sie Anfeindungen oder gar Gewalt ausgesetzt sind.“ Rechtsstaat und Hochschulleitungen seien gefordert, sagte sie. „Wo rechtlich möglich, darf die Exmatrikulation in besonders schweren Fällen nicht ausgeschlossen sein.“

LESEN SIE AUCH

ANTISEMITISMUS

Plötzlich schickt ihr ein linker Lehramts-Kommilitone Nachrichten voller Judenhass

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) sagte WELT AM SONNTAG: „Universitäten sind Orte geistiger Freiheit.“ Antisemitismus, Judenhass, politischer Islamismus oder religiöser Fanatismus hätten dort nichts verloren. „Das ist eine Frage der Selbstbehauptung geistiger Freiheit“, sagte Buschmann. Er gehe „davon aus, dass strafrechtliche Ermittlungen durchgeführt und angemessene Strafen verhängt werden“.

Das fordern die Bundestags-Fraktionen

Ähnlich sieht es die Opposition: Alexander Throm (CDU), innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, sagte: „Solche Aktionen müssen Konsequenzen für die Täter haben“ und brachte die Prüfung von Schritten wie Hausverboten oder Exmatrikulation ins Spiel. Ria Schröder, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion sagte, es brauche nun „hartes Durchgreifen“ statt „Lippenbekenntnissen“. Studenten und Mitarbeiter, die Israels Existenzrecht nicht anerkennen und Juden beschimpfen, müssten „Konsequenzen spüren bis zu Exmatrikulation und Kündigung.“

Jüdischer Student der FU Berlin – „Den Campus werde ich erst mal nicht alleine betreten“

Israelfeindliche Mitglieder der Gruppe „Students for Free Palestine“ haben an der Freien Universität Berlin einen Hörsaal besetzt. Einige sind gegenüber jüdischen Studierenden „handgreiflich geworden, haben geschubst, getreten“, schildert Lior Steiner gegenüber WELT TV-Reporter Gerrit Seebald.

Quelle: WELT TV / Gerrit Seebald

Grünen-Bildungspolitikerin Marlene Schönberger bemängelt den fehlenden Rückhalt gegen Israel-Feinde an Hochschulen. Akademikern mangele es bei Antisemitismus „zu oft an

Wissen und Handlungsfähigkeit.“ Die Situation an der FU beweise erneut, wie viel Raum bestimmte Gruppen einnehmen könnten, wenn niemand widerspreche.

Die wissenschaftspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Laura Neugebauer, fordert die Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft auf, gemeinsam mit FU und „anderen betroffenen Hochschulleitungen“ „Handlungsempfehlungen und Unterstützungsmaßnahmen“ zu erarbeiten, um die „Hochschulen im Kampf gegen Antisemitismus zu unterstützen“.

Die Berliner Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra (SPD) allerdings, die dafür verantwortlich wäre, zeigt sich zufrieden mit der FU: Bei Universitätspräsident Günter Ziegler hatte sie sich für dessen „konsequentes Durchgreifen“ bedankt.

Update: Dieser Text wurde in der Nacht von Freitag auf Samstag aktualisiert und an verschiedenen Stellen um von der Freien Universität Berlin Freitagabend veröffentlichte Stellungnahmen ergänzt und an anderen Stellen gekürzt.